

FRIEDHOFSSATZUNG ST. HEINRICH MÜLHAUSEN

1

INHALTSVERZEICHNIS

I. ALLGEMEINES

§ 1 Friedhofszweck	1
§ 2 Verwaltung	1
§ 3 Außerdienststellung, Entwidmung	1

II. ORDNUNG AUF DEM FRIEDHOF

§ 4 Öffnungszeiten	2
§ 5 Verhalten auf dem Friedhof	2
§ 6 Gewerbetreibende	2

III. BESETZUNG

§ 7 Grundsätze der Bestattung	3
§ 8 Ruhezeiten	3
§ 9 Benutzung der Friedhofskapelle/Leichenhalle	3
§ 10 Trauerfeier	4
§ 11 Umbettungen	4

IV. GRABSTÄTTEN

§ 12 Grabstätten und Grabstättenarten	4
§ 13 Reihengrabstätten	5
§ 14 Wahlgrabstätten	5
§ 15 Wahlgrabstätten mit Grabbeigaben	5
§ 16 Urnenwahlgrabstätten	6
§ 17 Urnenwahlgrabstätten mit Grabbeigaben	6
§ 18 Ehrengabstätten	7
§ 19 Nutzungsrechte und Nutzungsberechtigte	7

V. GESTALTUNG, HERRICHTUNG UND PFLEGE

DER GRABSTÄTTEN

§ 20 Gestaltungsgrundsatz	8
§ 21 Herrichtung und Pflege	8

VI. GRABMALE

§ 22 Zustimmungserfordernis	8
§ 23 Größen	8
§ 24 Fundamentierung und Befestigung	9
§ 25 Standsicherheit	9
§ 26 Entfernen	9

VII. VORZEITIGER VERZICHT; ENTZUG UND EINEBNUNG

§ 27 Vorzeitiger Verzicht auf das Nutzungsrecht	10
§ 28 Entzug des Nutzungsrechtes und Einebnung	10

VIII. SCHLUSSVORSCHRIFTEN

§ 29 Haftung	11
§ 30 Gebühren	11
§ 31 Ordnungswidrigkeiten	11
§ 32 Vertretung	11
§ 33 Inkrafttreten	11

I. ALLGEMEINES

§ 1 Friedhofszweck

- (1) Der Friedhof dient der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Tode Pfarrangehörige der Kirchengemeinde St. Benedikt waren sowie derjenigen, die ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte haben. Für andere kann eine Bestattung zugelassen werden.

§ 2 Verwaltung

- (1) Die Verwaltung und Beaufsichtigung des Friedhofes, seiner Einrichtungen und des Bestattungswesens obliegt der Kirchengemeinde.
- (2) Die Kirchengemeinde kann, soweit diese Friedhofssatzung keine besonderen Regelungen enthält, alle erforderlichen Maßnahmen anordnen und durchführen, um den Friedhofszweck (z.B. würdige Stätte der Totenruhe und des Totengedenkens) zu fördern und zu sichern. Daneben hat sie die Befugnisse als Inhaberin des Hausrechtes.
- (3) Die Kirchengemeinde kann in besonderen Fällen oder zur Vermeidung unbilliger Härten Ausnahmen von den Bestimmungen der Satzung zulassen.

§ 3 Außerdienststellung, Entwidmung

- (1) Jeder Friedhofsteil kann aus einem wichtigen Grund außer Dienst gestellt oder entwidmet werden. Dasselbe gilt für einzelne Grabstätten.

1

- (2) Durch die Außerdienststellung wird die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen, durch die Entwidmung geht außerdem die Eigenschaft als Ruhestätte verloren.
- (3) Nutzungsberechtigte einer Grabstätte erhalten einen schriftlichen Bescheid.
- (4) Nach Außerdienststellung oder Entwidmung werden den jeweiligen Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit andere Grabstätten gleicher Art und Güte kostenfrei zur Verfügung gestellt. Diese werden in ähnlicher Weise von der Kirchengemeinde wiederhergestellt.
- (5) Bestattete, deren Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, werden auf Kosten der Kirchengemeinde in andere Grabstätten gleicher Art und Güte umgebettet, soweit eine Umbettung rechtlich möglich ist. Der Umbettungstermin soll möglichst einem Angehörigen oder Nutzungsberechtigten einen Monat vorher schriftlich mitgeteilt werden.

II. ORDNUNG AUF DEM FRIEDHOF

§ 4 Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof ist während der am Eingang bekannt gegebenen Zeiten für Besucher geöffnet.
- (2) Die Kirchengemeinde kann aus besonderem Anlass die Öffnungszeiten einschränken oder das Betreten aller oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Die Besucher haben sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
- (2) Kinder unter 10 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- (3) Auf dem Friedhof ist insbesondere **nicht** gestattet:
 - a) zu lärmern und zu spielen,
 - b) die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren. Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen und Fahrzeuge mit einer besonderen Genehmigung sind ausgenommen,

- c) an Sonn- und Feiertagen sowie in der Nähe einer Bestattung Arbeiten zu verrichten,
 - d) den Friedhof und seine Einrichtungen zu verunreinigen oder zu beschädigen, insbesondere Blumen, Pflanzen oder Sträucher abzuschneiden oder abzureißen, sowie Grabflächen unberechtigt zu betreten,
 - e) Abfälle außerhalb der hierfür vorgesehenen Stellen zu lagern,
 - f) Wasser zu anderen Zwecken als zur Grabpflege zu entnehmen,
 - g) Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten,
 - h) Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen einer Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
 - i) Tiere - mit Ausnahme von Hunden - mitzubringen. Hunde sind anzuleinen und von den Gräbern fernzuhalten,
 - j) ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig zu fotografieren.
- (4) Den Anordnungen des Friedhofspersonals ist Folge zu leisten. Personen, die wiederholt gegen die Bestimmungen der Friedhofssatzung verstoßen haben, können vom Betreten des Friedhofs ausgeschlossen werden.

§ 6 Gewerbetreibende

- (1) Gewerbliche Arbeiten an Gräbern dürfen von Bestattungsunternehmern, Gärtnern, Bildhauern und Steinmetzen, usw. (Gewerbetreibende) durchgeführt werden, und zwar an Wochentagen nur während der Öffnungszeiten des Friedhofs, jedoch nicht länger als bis 18.00 Uhr, an Samstagen und Tagen vor Feiertagen nicht länger als bis 12.00 Uhr. In Fällen des § 4 Abs. 2 sind gewerbliche Arbeiten ganz untersagt.
- (2) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten dürfen die Friedhofswege zum Transport von Material und Gerät mit nichtmotorisierten Fahrzeugen, mit allen anderen Fahrzeugen nur mit Sondergenehmigung befahren sowie Wasser aus den Zapfstellen entnehmen. Material und Geräte sind bei längerer Unterbrechung sowie bei Beendigung der Tagesarbeit wegzuräumen und der Arbeitsplatz wieder in seinen früheren Zustand zu versetzen. Nicht pflanzlicher Abfall sowie Bauschutt ist von den Gräbern wegzuschaffen. Er darf nicht auf dem Friedhof beseitigt werden. Geräte dürfen nicht in oder an den Wasserentnahmestellen gereinigt werden.
- (3) Die Gewerbetreibenden haben diese Ordnung und die dazu ergangenen Regelungen zu befolgen. Sie haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

Gewerbetreibenden, die wiederholt Bestimmungen dieser Ordnung, dazu ergangene Regelungen sowie Anweisungen der Aufsichtspersonen nicht beachten, kann das gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof auf Zeit oder Dauer untersagt werden.

- (4) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige Gewerbetreibenden bedürfen für Tätigkeiten auf dem Friedhof der Zustimmung durch die Kirchengemeinde. Zugelassen werden können Gewerbetreibende, die

- a) in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und
- b) ihre Eintragung in die Handwerksrolle bzw. ihre Eintragung in das Verzeichnis gemäß § 19 Handwerksordnung bzw. ihre Eintragung in das Verzeichnis der Landwirtschaftskammer nachweisen oder die selbst oder deren fachliche Vertreter die Meisterprüfung abgelegt haben.

III. BESETZUNG

§ 7 Grundsätze der Bestattung

- (1) Bestattungen sind im Pfarrbüro unter Vorlage der notwendigen Unterlagen unverzüglich anzumelden. Wird eine Bestattung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte oder Urnenwahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (2) Die Kirchengemeinde setzt Ort und Zeitpunkt der Bestattung im Einverständnis mit den Nutzungsberechtigten fest. An Sonn- und Feiertagen werden keine Bestattungen durchgeführt.
- (3) Die für die Bestattung erforderlichen Sargträger werden nicht von der Kirchengemeinde gestellt.
- (4) Säрге und Urnen müssen so beschaffen sein, dass die chemische, physikalische und biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers nicht nachteilig verändert wird und bei Särgen die Verwesung der Leichen innerhalb der Ruhezeit ermöglicht wird. Die Säрге müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Säрге, Sargausstattungen, Sargbeigaben und Sargabdichtungen müssen zur Vermeidung von Umweltbelastungen aus leicht vergänglichen, nicht umweltbelastenden Werkstoffen hergestellt sein. Sie dürfen keine PVC-, PCP-, formaldehydabspaltenden, nitrozellulosehaltigen oder sonstigen umweltgefährdenden Lacke oder Zusätze enthalten. Die Kleidung der Leiche soll nur aus Papierstoff und Naturtextilien bestehen.

Für Beisetzungen in Baumurnengrabstätten sind biologisch abbaubare (Über-)Urnen, die zu 100% verrottbar und rückstandsfrei sind, sowie Bioaschekapseln zu verwenden (Metalle sind nicht erlaubt).

- (5) Säрге sollen nachstehende Größe nicht überschreiten:

- a) für Personen unter 5 Jahren: Länge 1,20 m, Breite 0,50 m, Höhe 0,50 m
- b) für Personen über 5 Jahren: Länge 2,05 m, Breite 0,75 m, Höhe 0,75 m.

Abweichungen sind der Kirchengemeinde vor der Bestattung bekannt zu geben.

- (6) Auf dem Friedhof ist nur die **Erdbestattung** zugelassen; Bestattungen über der Erde sind nicht zulässig.
- (7) Die Gräber werden vom Friedhofsgärtner ausgehoben und verfüllt.
- (8) Die Tiefe eines Grabes (Erdoberfläche –ohne Hügel- bis zur Grabsohle) soll grundsätzlich 1,80 m betragen. Bei Urnenbestattung soll die Tiefe mindestens bis Oberkante der Urne 0,80 m betragen.
- (9) Der Nutzungsberechtigte hat Grabzubehör vorher zu entfernen bzw. entfernen zu lassen. Sofern beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Kirchengemeinde entfernt werden müssen, hat der Nutzungsberechtigte die dadurch entstehenden Kosten der Kirchengemeinde zu erstatten. Vorbereitende Maßnahmen für den Grabaushub werden in Rechnung gestellt.
- (10) Die Anlage von Grabgewölben oder –kellern ist nicht gestattet.

§ 8 Ruhezeiten

- (1) Die Ruhezeit bei Erdbestattungen beträgt 30 Jahre, bei Erdbestattungen von Personen unter 5 Jahren und bei Urnenbestattungen 20 Jahre.

§ 9 Benutzung der Friedhofskapelle/Leichenhalle

- (1) Die Leichenhalle dient zur Aufnahme der Leichen bis zu ihrer Bestattung. Sie darf nur mit Erlaubnis der Kirchengemeinde betreten werden.
- (2) Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstige Bedenken bestehen, können die Angehörigen die Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen. Die

Särge sind spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder der Beisetzung endgültig zu schließen. Die Kirchengemeinde ist berechtigt, Särge früher schließen zu lassen, wenn dies erforderlich ist.

- (3) Särge der an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten Verstorbenen können ebenfalls in der Leichenhalle aufgestellt werden. Der Zutritt zu diesen Särgen und die Besichtigung der Leichen bedürfen zusätzlich der Zustimmung des Amtsarztes.
- (4) Särge von auswärts bleiben geschlossen. Ihre Öffnung ist nur dann zulässig, wenn die Todesursache feststeht und diese sowie der Zustand der Leiche einer Öffnung nicht entgegenstehen.
- (5) Auf Antrag der Hinterbliebenen kann die örtliche Ordnungsbehörde gestatten, dass während der Trauerfeier der Sarg geöffnet wird. Der Antrag kann nicht genehmigt werden, wenn der oder die Verstorbene an einer ansteckenden übertragbaren Krankheit nach dem Infektionsschutzgesetz gelitten, die Leichenverwesung bereits begonnen hat oder die Ausstellung der Leiche der Totenwürde oder dem Pietätsempfinden der an der Trauerfeier Teilnehmenden widersprechen würde.

§ 10 Trauerfeier

- (1) Die Trauerfeiern können in der Leichenhalle, am Grabe oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden.
- (2) Die Benutzung der Leichenhalle kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustands der Leiche bestehen.
- (3) Totengedenkfeiern und ähnliche nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Genehmigung der Kirchengemeinde. Sie müssen spätestens 14 Tage vorher beantragt werden.

§ 11 Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten soll grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen - unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften - eines schriftlichen Antrags und der vorherigen Zustimmung der Kirchengemeinde. Mit dem Antrag ist die Zustimmung des Nutzungsberechtigten der Grabstätte nachzuweisen, in die umgebettet werden soll. Umbettungen werden nur genehmigt, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

- (3) Umbettungen in Reihengrabstätten sind nicht zulässig.
- (4) Umbettungen können von dem Nutzungsberechtigten einer Grabstätte bei der Kirchengemeinde beantragt werden. Kann ein Antragsteller nicht allein darüber verfügen, so muss er eine schriftliche Einwilligung der Mitberechtigten beibringen. Bei Meinungsverschiedenheiten ist entsprechend § 2 des Feuerbestattungsgesetzes zu verfahren. Der Antrag muss die Verpflichtung enthalten, dass Kosten für die Instandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen, auch an Nachbargräbern übernommen werden, wenn eine Beschädigung durch die Umbettung eintritt.
- (5) Alle Umbettungen werden unter der Leitung der Kirchengemeinde durchgeführt. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.
- (6) Die Ausgrabung von Leichen und Aschen zu anderen Zwecken als der Umbettung bedarf einer behördlichen oder richterlichen Anordnung.
- (7) Die Kosten einer Umbettung werden gemäß Gebührenordnung in Rechnung gestellt.
- (8) Das Umbetten von biologisch abbaubaren Urnen ist ausgeschlossen.
- (9) Der Ablauf der Ruhe- und Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

IV. GRABSTÄTTEN

§ 12 Grabstätten und Grabstättenarten

- (1) Alle Grabstätten sind im Besitz der Kirchengemeinde. An ihnen können Rechte nur nach dieser Friedhofssatzung erworben werden.
- (2) Es besteht kein Anspruch auf Zuweisung einer bestimmten Grabstätte und auf Unveränderlichkeit der Umgebung der Grabstätte. Die Kirchengemeinde ist jederzeit berechtigt, nicht zur Belegung vorgesehene Flächen nachträglich umzugestalten.
- (3) Normale Beeinträchtigungen durch Bäume, Pflanzen und Friedhofseinrichtungen sind zu dulden.
- (4) Die Planung und Anlage von Wahlgräbern, Reihengräbern und Urnengräbern ist der Kirchengemeinde vorbehalten. Der anliegende Plan des Friedhofes ist

Bestandteil dieser Friedhofsordnung. Aus ihm ergibt sich die Lage der Reihengräber, der Urnenwahlgrabstellen, der Wahlgräber in Sonderlage, der Wahlgräber und der Ehrengräber.

(5) Die Grabstätten werden unterschieden in

- a) Reihengrabstätten (§ 13)
- b) Wahlgrabstätten (§ 14)
- c) Wahlgrabstätten mit Grabbeigaben (§ 15)
- c) Urnenwahlgrabstätten (§ 16)
- d) Urnenwahlgrabstätten mit Grabbeigaben (§ 17)
- e) Ehrengrabstätten (§ 18)

(6) Für anonyme Bestattungen werden keine Felder – auch nicht für anonyme Urnenbestattungen - zur Verfügung gestellt. Hierfür müssen öffentliche Friedhöfe in Anspruch genommen werden.

§ 13 Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen, die der Reihe nach belegt werden. Der Nutzungsberechtigte erhält über die Zuteilung eine schriftliche Mitteilung und ein Recht zur Gestaltung und Pflege der Grabstätte.
- (2) Es werden eingerichtet
 - a) Reihengrabfelder für Verstorbene;
Maße: Tiefe 2,10 m, Breite 0,90 m.
- (3) In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche beigesetzt werden. Nach der Sargbeisetzung können bis zu zwei Urnen bestattet werden, sofern die Ruhezeit nicht überschritten wird. Nach voller Belegung wird das Reihengrabfeld außer Dienst gestellt (§ 3 Abs. 2).
- (4) Rechte an Reihengräbern bestehen für die Dauer der Ruhezeit, sie können weder verlängert noch erneuert werden.

§ 14 Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Urnen- und Erdbeisetzungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht verliehen und deren Lage gleichzeitig mit dem Erwerb bestimmt wird. Der Nutzungsberechtigte erhält über die Verleihung einen

schriftlichen Bescheid und ein Recht zur Gestaltung und Pflege der Grabstätte im Rahmen der aktuell gültigen Friedhofssatzung.

(2) Das Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte dauert im Falle einer Erdbeisetzung 30 Jahre, im Falle einer Urnenbeisetzung 20 Jahre. Das Nutzungsrecht entsteht erst nach vollständiger Zahlung der fälligen Gebühr.

(3) Die Maße einer Wahlgrabstätte betragen:

Einzelgrabstätte	Länge bis zu 2,30 m Breite bis zu 1,20 m
Doppelgrabstätte	Länge bis zu 2,30 m Breite bis zu 2,40 m
Dreiergrabstätte	Länge bis zu 2,30 m Breite bis zu 3,60 m
Vierergrabstätte	Länge bis zu 2,30 m Breite bis zu 4,80 m

(4) Der Antragsteller erlangt das Recht, die Grabstelle für die Bestattung seiner Angehörigen bzw. zu seiner eigenen Bestattung zu nutzen.

(5) In jeder einstelligen Wahlgrabstätte können neben einer Erdbeisetzung bis zu 2 Urnen beigesetzt werden. Entsprechendes gilt für Mehrwahlgrabstätten.

(6) Das Nutzungsrecht kann nach Ablauf der Nutzungszeit auf Antrag des Nutzungsberechtigten für mindestens 5 Jahre und maximal 30 Jahre erneuert werden. Die Erneuerung des Nutzungsrechtes richtet sich nach den jeweiligen Bedingungen der Friedhofs- und Gebührensatzung. Der Wiedererwerb für einen Teil der Grabstätte ist ausnahmsweise und nur nach vorheriger Zustimmung der Gemeinde möglich.

§ 15 Wahlgrabstätten mit Grabbeigaben

- (1) Wahlgrabstätten mit Grabbeigaben sind Grabstätten für (Human)Urnen- und (Human)Erdbeisetzungen auf einem separaten Teil des Friedhofs, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht verliehen wird. Die Ruhezeit/Nutzungsdauer richtet sich nach der Bestattung des Verstorbenen.
- (2) In jeder einstelligen Wahlgrabstätte können neben einer Erdbeisetzung bis zu 2 Urnen und bis zu vier Grabbeigaben mit Ascheresten von **Heimtieren** beigesetzt werden. Dazu wird die Einäscherungsbescheinigung des Tierkrematoriums benötigt. Entsprechendes gilt für Mehrwahlgrabstätten (Maße s. § 14.3).
- (3) Die Erstbestattung ist eine menschliche Beisetzung.

- (4) Wenn die Grabbeigabe in Verbindung mit der Bestattung eines Menschen erfolgen soll, so darf sie nicht zeitgleich, sondern nur zeitlich versetzt, unmittelbar nach der Bestattung eines Verstorbenen erfolgen. Nachträgliche Grabbeigaben sind möglich; es ist ein Antrag an die Friedhofsverwaltung zu richten, der eine Einäscherungsbescheinigung eines Tierkrematoriums beinhaltet.
- (5) Die Grabbeigabe einer Urne mit den Ascheresten eines Heimtieres darf ausschließlich durch den Friedhofsgärtner erfolgen.
- (6) Wahlgrabstätten mit Grabbeigaben werden der Reihe nach belegt. Der Nutzungsberechtigte erhält über die Zuteilung einen schriftlichen Bescheid und ein Recht zur Gestaltung und Pflege der Grabstätte im Rahmen der aktuell gültigen Friedhofssatzung.
- (7) Die Beisetzung der Grabbeigabe unterscheidet sich von der Beisetzung eines Menschen: Beim Tier wird es keinen Gottesdienst oder Trauerfeier geben. Eine gemeinsame Verabschiedung ist nicht möglich. Allerdings gibt es im entsprechenden Bereich des Friedhofs einen separaten Ort zur privaten Abschiednahme von der Grabbeigabe.
- (8) Grabmale auf Wahlgräbern mit Grabbeigaben dürfen keinen Hinweis auf die Grabbeigabe enthalten.

§ 16 Urnenwahlgrabstätten

- (1) Urnenwahlgrabstätten sind Aschegrabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren verliehen wird. Es können bis zu zwei Urnen beigesetzt werden. Auf Anfrage und Zuzahlung kann eine dritte Urne von der Friedhofsverwaltung genehmigt werden.
- (2) Die Maße einer Urnenwahlgrabstätte betragen:

Länge bis zu 1 m, Breite bis zu 1 m (Innenmaß)
- (3) Das Nutzungsrecht kann nach Ablauf der Nutzungszeit auf Antrag des Nutzungsberechtigten für mindestens 5 Jahre und maximal 20 Jahre erneuert werden. Die Erneuerung des Nutzungsrechtes richtet sich nach den jeweiligen Bedingungen der Friedhofs- und Gebührensatzung.
- (4) Für Urnengrabstätten gelten die Vorschriften für Reihengrabstätten und Wahlgrabstätten entsprechend.

§ 17 Urnenwahlgrabstätten mit Grabbeigaben

- (1) Urnenwahlgrabstätten mit Grabbeigaben sind Aschegrabstätten auf einem separaten Teil des Friedhofs, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren verliehen wird. Die Ruhezeit/Nutzungsdauer richtet sich nach der Bestattung der Humanurne.
- (2) Es können bis zu zwei Humanurnen und bis zu vier Grabbeigaben mit Ascheresten von **Heimtieren** beigesetzt werden. Dazu wird die Einäscherungsbescheinigung des Tierkrematoriums benötigt.
- (3) Die Erstbestattung ist eine menschliche Beisetzung.
- (4) Wenn die Grabbeigabe in Verbindung mit der Bestattung einer Humanurne erfolgen soll, so darf sie nicht zeitgleich, sondern nur zeitlich versetzt, unmittelbar nach der Bestattung der Humanurne erfolgen. Nachträgliche Grabbeigaben sind möglich; es ist ein Antrag an die Friedhofsverwaltung zu richten, der eine Einäscherungsbescheinigung eines Tierkrematoriums beinhaltet.
- (5) Die Grabbeigabe einer Urne mit den Ascheresten eines Heimtieres darf ausschließlich durch den Friedhofsgärtner erfolgen.
- (6) Urnenwahlgrabstätten werden der Reihe nach belegt. Der Nutzungsberechtigte erhält über die Zuteilung eine schriftliche Mitteilung und ein Recht zur Gestaltung und Pflege der Grabstätte im Rahmen der aktuell gültigen Friedhofssatzung.
- (7) Die Beisetzung der Grabbeigabe unterscheidet sich von der Beisetzung eines Menschen: Beim Tier wird es keinen Gottesdienst oder Trauerfeier geben. Eine gemeinsame Verabschiedung ist nicht möglich. Allerdings gibt es im entsprechenden Bereich des Friedhofs einen separaten Ort zur privaten Abschiednahme von der Grabbeigabe.
- (8) Grabmale auf Urnenwahlgräbern mit Grabbeigaben dürfen keinen Hinweis auf die Grabbeigabe enthalten.
- (9) Die Maße einer Urnenwahlgrabstätte betragen:

Länge bis zu 1 m, Breite bis zu 1 m (Innenmaß)

§ 18 Ehrengrabstätten

- (1) Die Zuerkennung, die Anlage und die Unterhaltung von Ehrengrabstätten obliegt ausschließlich der Kirchengemeinde.

§ 19 Nutzungsrechte und Nutzungsberechtigte

- (1) Das Nutzungsrecht an einer Grabstelle muss mindestens für die Dauer der Ruhezeit erworben werden und entsteht erst mit vollständiger Zahlung der Gebühr/des Rechnungsbetrages.
- (2) Es besteht kein Anspruch auf Erwerb oder Wiedererwerb des Nutzungsrechtes an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.
- (3) Nutzungsberechtigte sind die Antragsteller, soweit keine anderslautende Erklärung vorliegt.
- (4) Der Nutzungsberechtigte hat jede Änderung, die das Nutzungsrecht berührt, insbesondere jeden **Anschriftenwechsel** mitzuteilen. Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb aus sich umschreiben zu lassen. Für einen Schaden, der aus der Unterlassung einer solchen Mitteilung bzw. Umschreibung entsteht, ist die Kath. Kirchengemeinde St. Benedikt nicht ersatzpflichtig.
- (5) Der Nutzungsberechtigte erwirbt das Nutzungsrecht für den Fall seines Todes gleichzeitig für seine Angehörigen. Falls er keine abweichende Regelung trifft, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die nachfolgenden Personen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über:
 - a) auf den überlebenden Ehegatten und zwar auch dann, wenn Kinder aus einer früheren Ehe vorhanden sind
 - b) auf den Lebenspartner
 - c) auf die ehelichen, nichtehelichen und Adoptivkinder
 - d) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter
 - e) auf die Eltern
 - f) auf die vollbürtigen Geschwister
 - g) auf die Stiefgeschwister
 - h) auf die nicht unter a) - g) fallenden Erben.

Innerhalb der einzelnen Gruppen c) bis h) wird jeweils der Älteste Nutzungsberechtigter. Das Nutzungsrecht erlischt, wenn es keiner der vorgenannten Personen innerhalb eines Jahres seit dem Ableben übernimmt. Das Nutzungsrecht kann dem einzelnen Angehörigen durch schriftliche Erklärung von der Kirchengemeinde ausgeschlagen werden.

- (6) Der Nutzungsberechtigte hat das Recht, in einer Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Beisetzungen und über die Art der Gestaltung und Pflege der Grabstätte zu entscheiden.
- (7) Eine Beisetzung darf nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht überschreitet oder das Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit für die gesamte Grabstätte erworben ist.
- (8) Auf den Ablauf des Nutzungsrechtes wird der Nutzungsberechtigte schriftlich hingewiesen. Falls er nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln ist, wird er durch einen Aushang an der Kirche oder auf dem Friedhof (öffentliche Bekanntmachung) auf den Ablauf hingewiesen (s. § 26).
- (9) Das Nutzungsrecht kann nach Ablauf der Nutzungszeit auf Antrag des Nutzungsberechtigten bei Wahlgrabstellen erneuert werden. Die Erneuerung richtet sich nach den jeweiligen Bedingungen der Friedhofs- und Gebührensatzung. Ein Wiedererwerb nach Ablauf der Ruhezeiten ist für mindestens 5 Jahre oder länger möglich.
- (10) Der Nutzungsberechtigte kann sein Nutzungsrecht nur auf eine der in Abs.1 genannten Personen durch schriftlichen Vertrag übertragen.
- (11) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit zurückgegeben werden. Es besteht kein Anspruch auf Erstattung einer Gebühr.
- (12) **Die Rückgabe einer belegten Grabstätte ist grundsätzlich erst nach Ablauf der Ruhezeit möglich. Der vorzeitige Verzicht ist schriftlich zu beantragen und nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes gegen Kostenerstattung des Pflegeaufwands bis zum Ablauf der Ruhefrist möglich (s. § 27.1 und 2).**

V. GESTALTUNG; HERRICHTUNG UND PFLEGE DER GRABSTÄTTEN

§ 20 Gestaltungsgrundsatz

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten, dass die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

§ 21 Herrichtung und Pflege

- (1) Grabbeete müssen im Rahmen des § 20 hergerichtet und gepflegt werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind zeitnah von den Grabstätten zu entfernen.
- (2) Für die Herrichtung und Pflege der Grabstätte ist der Nutzungsberechtigte verantwortlich. Die Verpflichtung endet mit dem Ablauf des Nutzungsrechtes.
- (3) Die Grabstätten (Reihengräber, Urnenwahlgräber und Wahlgräber) sind innerhalb von zwei Monaten nach einer Bestattung würdig herzurichten und innerhalb von zwei weiteren Monaten gärtnerisch anzulegen. Die Form des Grabbeetes und die Art seiner Gestaltung sind dem Gesamtcharakter des Friedhofes und der unmittelbaren Umgebung anzupassen.
- (4) Zur Bepflanzung von Grabstätten sind nur solche Gewächse zu verwenden, die benachbarte Grabstätten sowie Friedhofsanlagen und Wege nicht stören und beeinträchtigen. Die Kirchengemeinde kann für einzelne Friedhofsteile bestimmte Vorschriften über die Bepflanzung erlassen. Stark wuchernde oder absterbende Bäume und Sträucher können von der Kirchengemeinde ganz oder teilweise entfernt werden.
- (5) Die Gewächse/Gehölze sollen eine Höhe von 2,50 m nicht überschreiten.
- (6) Das Bestreuen der Gräber mit Kies oder Ziegelsplitt bzw. roter Asche sowie das Aufstellen der Würde des Ortes nicht entsprechender Gefäße zur Aufnahme von Blumen (Konservendosen usw.) ist nicht gestattet. Grababdeckende Platten aus Stein oder sonst wasserabweisendes Material ist mit Rücksicht auf die Durchlüftung des Bodens und der damit verbundenen Beschränkung der Wiederbelegung nicht zulässig. Dies gilt nicht für die Gestaltung der Urnenwahlgräber.
- (7) Jeder Friedhofsbenutzer ist verpflichtet, anfallenden Abfall nach verrottbarem und unverrottbarem Material zu sortieren und in die dafür vorgesehenen Behältnisse zu werfen.

- (8) Die Verwendung von Torf zur Grabpflege ist zum Schutze der Torfgebiete möglichst zu vermeiden.

- (9) Die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und Unkrautbekämpfungsmitteln bei der Grabpflege ist nicht gestattet.

VI. GRABMALE

§ 22 Zustimmungserfordernis

- (1) Die Errichtung und Veränderung von Grabmalen, Einfassungen und sonstigen baulichen Anlagen sind nur mit vorheriger Zustimmung der Kirchengemeinde gestattet. Die Aufstellung oder Änderung eines Grabzeichens und damit zusammenhängenden Anlagen sind bei der Kirchengemeinde schriftlich zu beantragen. Dem Antrag ist eine Zeichnung im Maßstab 1:10 beizufügen, auf der im Besonderen Art und Bearbeitung des Werkstoffes sowie Inhalt, Form und die Anordnung von Schrift und Symbol auf dem Grabzeichen ersichtlich sind. Die Zustimmung ist auch für Grabmale erforderlich, die auf Vorrat hergestellt werden. Firmenbezeichnungen dürfen nur in unauffälliger Weise, möglichst unten seitlich, an Grabmalen angebracht werden.
- (2) Die Kirchengemeinde ist berechtigt, Werkstoff, Gestaltung, Art und Größe der Grabmale, Einfassungen usw. für den Friedhof, Grabstätten oder bestimmte Friedhofsteile vorzuschreiben.

§ 23 Größen

- (1) Grabmale auf Reihengräbern dürfen in der Regel folgende Maße nicht überschreiten:

stehend: Breite 0,60 m	liegend: Breite 0,50 m
Höhe 0,80 – 1,20 m	Länge 0,70 m

- (2) Grabmale auf einstelligen Wahlgrabstätten dürfen in der Regel folgende Maße nicht überschreiten:

stehend: Breite 0,80 m	liegend: Breite 0,50 m
Höhe 1,20 m	Länge 0,70 m

- (3) Grabmale auf zweistelligen Wahlgrabstätten dürfen in der Regel folgende Maße nicht überschreiten:

stehend: Breite 1,40 m
Höhe 1,30 m

liegend: Breite 0,60 m
Länge 0,80 m

Bei mehr als zwei Stellen kann die Breite erhöht werden. Grababdeckende Platten aus Stein oder sonstigen wasserundurchlässigen Materialien sind mit Rücksicht auf die Durchlüftung des Bodens und der damit verbundenen Beschränkung der Wiederbelegung nicht zulässig. Aus diesem Grund darf nicht mehr als 1/3 der Grabstelle durch Stein abgedeckt werden.

- (4) Grabmale auf Urnenwahlgrabstellen dürfen in der Regel folgende Maße nicht überschreiten:

stehend
0,40 m
Breite 0,35 m
Höhe 0,80 m
0,50 m

liegend
Breite
Länge

Auf Urnenwahlgrabstätten sind Stelen liegenden Grabmalen vorzuziehen. Grababdeckende Platten aus Stein oder sonst wasserabweisendes Material sind bei Urnenwahlgrabstätten zulässig. Auf dieser muss dann mindestens der Name, Vorname, Geburts- und Sterbejahr des/der Toten vermerkt sein.

- (5) Ausnahmen sind an einzelnen hierfür vorgesehen Plätzen und vor größeren Gehölzgruppen insbesondere bei Stelen zulässig und bedürfen der vorherigen Genehmigung der Kirchengemeinde.
- (6) Einfassungen sollen nicht mehr als 0,12 m breit sein.

§ 24 Fundamentierung und Befestigung

- (1) Die Arbeiten zur Errichtung von Grabmalen, Grababdeckungen und Einfassungen sind entsprechend den "Richtlinien für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern und Einfassungen für Grabstätten" des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerkes in der gültigen Fassung auszuführen. Die Bestimmungen der Friedhofsordnung in der jeweils gültigen Fassung sind anzuerkennen und einzuhalten ebenso wie die Unfallverhütungsvorschrift "Friedhöfe und Krematorien UVV 4.7" der Gartenbauberufsgenossenschaft in der gültigen Fassung.

§ 25 Standsicherheit

- (1) Grabmale und Einfassungen sind so zu fundamentieren, dass sie dauerhaft standsicher und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Bei Wahlgrabstätten ist eine Tiefgründung nach TA Grabmal erforderlich, damit bei weiteren Beisetzungen das Grabmal nicht abgeräumt werden muss.
- (2) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind durch den Nutzungsberechtigten dauerhaft in verkehrssicherem Zustand zu halten.
- (3) Ist die Standsicherheit von Grabmalen gefährdet, so sind die Nutzungsberechtigten verpflichtet, die notwendige Standsicherheit unverzüglich wiederherzustellen. Für die Wiederherstellung der Standsicherheit gelten die Vorschriften des § 24. Wird trotz schriftlicher Aufforderung der ordnungswidrige Zustand innerhalb der gesetzten Frist nicht beseitigt, ist die Kirchengemeinde berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Nutzungsberechtigten abzuräumen. Eine Aufbewahrungspflicht besteht nicht. Weiterhin gelten die Vorschriften über den Entzug des Nutzungsrechtes § 28 entsprechend.
- (4) Bei Gefahr in Verzug kann die Kirchengemeinde ohne vorherige Benachrichtigung des Nutzungsberechtigten das Grabmal oder Teile davon sichern, umlegen bzw. abnehmen

§ 26 Entfernen

- (1) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen (z. B. Einfassungen, Grababdeckungen etc.) dürfen vor Ablauf der Ruhe- bzw. Nutzungszeit nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Kirchengemeinde entfernt werden.
- (2) Künstlerisch und geschichtlich wertvolle Grabmale oder solche, die als besondere Eigenart der Friedhöfe aus früherer Zeit gelten, unterstehen dem besonderen Schutz der Kirchengemeinde.
- (3) Ohne Zustimmung aufgestellte Grabmale, Einfassungen oder sonstige baulichen Anlagen können auf Kosten des Nutzungsberechtigten entschädigungslos von der Kirchengemeinde entfernt werden.

- (4) Nach Ablauf der
- Ruhezeit bei Reihengrabstätten
- Nutzungszeit bei Wahlgrabstätten
gelten folgende Regelungen:

1. Reihengrabstätte

Der Ablauf der Ruhezeit bei Reihengräbern wird durch Aushang an der Kirche oder dem Friedhof (öffentliche Bekanntmachung) und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gegeben. Innerhalb der benannten Frist können die Berechtigten den Grabschmuck etc. entfernen. Nach Ablauf der Frist werden die Gräber entschädigungslos durch die Kirchengemeinde abgeräumt.

2. Wahlgrabstätte

Das Nutzungsrecht kann nach Ablauf der Nutzungszeit auf Antrag des Nutzungsberechtigten bei Wahlgrabstellen erneuert werden. Die Erneuerung richtet sich nach den jeweiligen Bedingungen der Friedhofs- und Gebührensatzung. Wird keine Erneuerung vereinbart, gilt folgendes:

- a) Grabmale, Einfassungen oder sonstige bauliche Anlagen werden ausschließlich durch die Kirchengemeinde entfernt. Die Kosten werden dem jeweiligen Nutzungsberechtigten in Rechnung gestellt.
- b) Grabschmuck und Bepflanzung sind durch
 - den Nutzungsberechtigten innerhalb einer festgesetzten Frist zu entfernen
 - die Kirchengemeinde zu entfernen, wenn sie einen schriftlichen Auftrag vom Nutzungsberechtigten erhalten hat. Die Kosten werden dem jeweiligen Nutzungsberechtigten in Rechnung gestellt.

Falls der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln ist, wird er durch einen Aushang an der Kirche oder auf dem Friedhof (öffentliche Bekanntmachung) auf den Ablauf hingewiesen. Die Berechtigten werden aufgefordert, innerhalb einer benannten Frist die Grabstellen entsprechend § 26.4 zu räumen. Nach Ablauf der Frist, ist die Kirchengemeinde berechtigt, die Grabstelle entschädigungslos abzuräumen. Sie ist nicht verpflichtet, Grabmale, sonstige bauliche Anlagen, Grabschmuck etc. zu verwahren. Die Kosten hat der jeweilige Nutzungsberechtigte zu tragen.

- (5) Nach Ablauf der Ruhezeit besteht kein Anspruch der Hinterbliebenen/Nutzungsberechtigten auf Herausgabe der Aschereste, Urnenkapseln oder Urnenbehälter.

VII. VORZEITIGER VERZICHT; ENTZUG UND EINEBNUNG

§ 27 Vorzeitiger Verzicht auf das Nutzungsrecht

- (1) Die Rückgabe einer belegten Grabstätte ist grundsätzlich erst nach Ablauf der Ruhezeit möglich. Der vorzeitige Verzicht ist schriftlich zu beantragen und wird nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes gegen Kostenerstattung des Pflegeaufwands bis zum Ablauf der Ruhefrist genehmigt.
- (2) In allen Fällen des vorzeitigen Verzichts auf das Nutzungsrecht besteht kein Anspruch auf Rückzahlung der entrichteten Gebühren.

§ 28 Entzug des Nutzungsrechtes und Einebnung

- (1) Das Nutzungsrecht wird entschädigungslos entzogen und die Grabstätte eingeebnet, wenn der Nutzungsberechtigte die Grabpflege nach § 21 vernachlässigt hat.
- (2) Die Grabstätte wird eingeebnet, wenn die festgesetzten Grabnutzungsgebühren nach der Friedhofsgebührenordnung nicht vollständig entrichtet worden sind.
- (3) Das Nutzungsrecht kann entschädigungslos entzogen und die Grabstätte eingeebnet werden, wenn sonstige Vorschriften dieser Satzung verletzt sind und andere Mittel nicht geeignet erscheinen, den rechtswidrigen Zustand zu beenden.
- (4) Dem Entzug des Nutzungsrechtes mit anschließender Einebnung bzw. der Einebnung nach Absatz 2 hat eine mündliche oder schriftliche Aufforderung vorauszugehen, in angemessener Frist
 1. im Falle des § 28 Absatz 1 die Grabstätte in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen
 2. im Falle des § 28 Absatz 2 die ausstehenden Gebühren zu zahlen
 3. im Falle des § 28 Absatz 3 die festgestellten Mängel zu beseitigen.

Die Aufforderung muss den Hinweis auf den Rechtsentzug und die Einebnung bei ergebnislosem Fristablauf enthalten.

- (5) Nach ergebnislosem Ablauf der gesetzten Frist wird dem Nutzungsberechtigten das Nutzungsrecht durch die Kirchengemeinde entzogen.

- (6) Nach Entzug des Nutzungsrechtes bzw. im Fall des Absatzes 2 wird die Grabstätte durch die Kirchengemeinde vollständig und entschädigungslos geräumt. Die Kosten sind vom Nutzungsberechtigten zu tragen.
- (7) Sollte der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln sein, wird die Entziehung durch öffentliche Bekanntmachung (Aushang im Schaukasten Kirche und/oder Friedhof) angezeigt. Der Entziehungbescheid enthält die Aussage, dass das Grab und die sonstigen baulichen Anlagen nach weiteren 3 Monaten entfernt werden.
- (8) Nach dem Entzug des Nutzungsrechtes haben die Berechtigten eine Kostenerstattung des Pflegeaufwands bis zum Ablauf der Ruhezeit zu leisten.
- (9) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck hat der Nutzungsberechtigte nach mündlicher oder schriftlicher Aufforderung durch die Kirchengemeinde innerhalb einer angemessenen Frist diesen zu entfernen. Sollte die Aufforderung nicht befolgt werden, oder ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, kann die Kirchengemeinde den Grabschmuck entschädigungslos entfernen.

VIII. SCHLUSSVORSCHRIFTEN

§ 29 Haftung

- (1) Die Kirchengemeinde haftet nicht für Personen-Sach- oder Vermögensschäden, die durch höhere Gewalt, durch Verschulden Dritter, durch Tiere oder durch nicht satzungsgemäße Benutzung des Friedhofes durch Dritte verursacht werden.
- (2) Bodensenkungen sind infolge der Beisetzungen auf dem gesamten Friedhofsgelände unvermeidlich. Für hierdurch entstehende Schäden übernimmt die Kirchengemeinde keine Haftung.

§ 30 Gebühren

- (1) Für die Inanspruchnahme des Friedhofes und seiner Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils gültigen Gebührenordnung für den Friedhof der Kirchengemeinde zu entrichten.

§ 31 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Vorschriften des § 5 dieser Satzung verstößt.
- (2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 32 Vertretung

- (1) Die Kirchengemeinde wird vom Kirchenvorstand vertreten, der die aus dieser Friedhofssatzung sich ergebenden Befugnisse auf einen Friedhofsausschuss übertragen kann. Die Änderung dieser Friedhofssatzung und der Gebührenordnung kann der Kirchenvorstand nur selbst vornehmen.

§ 33 Inkrafttreten

- (1) Diese Friedhofssatzung hat der Kirchenvorstand in seiner Sitzung am 13.03.2018 beschlossen. Sie tritt nach Genehmigung durch das Generalvikariat Aachen am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntgabe in Kraft.

Aushangbeginn: 01.06.2018

Kontaktdaten der Kath. KG St. Benedikt:

Friedhofsverwaltung

Frau Spettmann

Dunkerhofstr. 4

47929 Grefrath

☎ 02158/953020

verwaltung@st-benedikt-grefrath.de

homepage: www.st-benedikt-grefrath.de